



14.06.2011

## ZU „KÜRZEN ERLAUBT ... / SPARPLÄNE BEI PRIVATSCHULEN VERFASSUNGSRECHTLICH UNBEDENKLICH“ 8. 6., S. 5: Soziale Ungleichheit wird verstärkt

Zu Ihrem Artikel zum Gutachten des Parlamentarischen Dienstes ist richtigzustellen, dass die Volksinitiative „Schulen in Freiheit“ die Personalhoheit für staatliche Schulen zumindest ermöglichen will. Ein entsprechender Modellversuch in Potsdam war erfolgreich, dennoch wird das Modell nicht fortgesetzt oder gar ausgeweitet. Staatliche Schulen klagen seit Jahren über teils dramatischen Lehrermangel, den sie selbst nicht abstellen können, weil das Staatliche Schulamt, das weit weg ist, zentral einstellt. Hier will die Volksinitiative die Möglichkeit der Abhilfe schaffen. Wenn eine Schule weiter vom Staatlichen Schulamt versorgt werden will, darf sie das auch. Das Gutachten des Parlamentarischen Dienstes stellt die Verfassungsverträglichkeit der aktuellen Pläne der Landesregierung an zwei Punkten klar heraus. 1. Eine Absenkung um jährlich zwei Prozent ist nicht unbegrenzt möglich, weil man dann in 47 Jahren bei null Prozent Zuschuss ankäme. Dies ist nicht zulässig.

2. Das bislang vorgetragene Argument: Die Anzahl freier Schulen im Land habe „Westniveau“ erreicht und damit ist per Definition kein Bedarf mehr an Schulen in freier Trägerschaft, ist verfassungswidrig. Über den Bedarf bestimmen die Eltern, nicht Landtagsfraktionen und Ministerien. Gleichwohl ist richtig, dass das Gutachten den Politikern relativ großen Handlungsspielraum lässt. Das ist auch gut so, denn sonst bräuchte man die Politik ja gar nicht, sondern könnte das Regieren gleich den Gerichten überlassen. Das Gutachten soll lediglich einen rechtlichen Rahmen aufzeigen und der ist relativ weit. Dass ausgerechnet eine Regierungskoalition, die sich Bildungsengagement und soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen schrieb, diesen Rahmen nun aber benutzt, um soziale Ungleichheit zu verstärken, ist völlig unverständlich. Durch jede Zuschusskürzung muss das Schulgeld erhöht werden, was wiederum Eltern noch mehr überlegen lässt, ob sie sich den Schulbesuch leisten können. Die Vorgabe, im Bildungsbereich zu sparen (was im Zuge der Regierungsbildung noch ausgeschlossen wurde) geht massiv zu Lasten der freien Schulen. Dabei kosten die ohnehin schon weniger als die staatlichen, weil die Eltern über Schulgelder einen wesentlichen Kostenteil mittragen. Besonders hart trifft es die allermeisten der freien Schulen, die sich um eine soziale Ausgewogenheit bemühen und Schulgelder einkommensabhängig und moderat gestalten. Lehrer verzichten dafür auf Gehaltsanteile, Eltern finanzieren etwas mit, was man beim Staat kostenlos haben kann. Diese sollen nun von Rot-Rot Jahr für Jahr programmatisch mehr geschröpft werden. Mit Bildungspolitik hat das meiner Auffassung nach nichts zu tun. Prof. Dr. Henning Schluß, Universität Wien, Institut für Bildungswissenschaft



Ihre Meinung ist gefragt!